**Rede von Oberbürgermeisterin Katharina Pötter**
**aus Anlass des Handgiftentags**
**am Dienstag, 6. Januar 2026,**
**im Friedenssaal des Rathauses der Stadt Osnabrück**

– Es gilt das gesprochene Wort! –

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich bin froh darüber, dass wir die Möser-Medaille in diesem Jahr wieder einmal direkt am Handgiftentag verleihen konnten und nicht an einem eigenen Termin. Der Rahmen passt einfach perfekt zur höchsten Auszeichnung unserer Stadt.

Denn der Handgiftentag ist wirklich etwas Besonderes. Er ist kein Sitzungstag wie jeder andere. Er ist kein Verwaltungsakt, kein formaler Punkt auf einer Rats-Tagesordnung. Er ist ein Moment, in dem wir als Rat kurz innehalten und uns fragen: Was hat das vergangene Jahr gebracht? In welche Richtung möchten wir im neuen Jahr steuern? Vor allem aber: Was hält uns zusammen? Und was gibt uns gerade in schwierigen Zeiten Halt?

Sich hier im Friedensaal über Fraktionsgrenzen hinweg die Hand zu geben, um der Öffentlichkeit zu demonstrieren: Wir arbeiten zusammen – allen Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen zum Trotz: Das ist ein einfaches, aber auch unglaublich starkes Zeichen.

Und es gehört zu unserer Mentalität.

Wie lässt sich diese Osnabrücker Mentalität am besten beschreiben? Viele nennen das, was uns ausmacht, vielleicht Pragmatismus. Andere sprechen von niedersächsisch-westfälischer Bodenständigkeit.

Ich nenne es: das Osnabrück-Gefühl.

Wenn wir die Maiwoche feiern oder im vergangenen Jahr den wunderbaren Tag der Niedersachsen, dann ist das Osnabrück-Gefühl in der Innenstadt fast mit Händen zu greifen. Aber es ist natürlich viel mehr als eine sommerliche Partystimmung. Es bedeutet für mich vor allem: Wenn es darauf ankommt, dann halten wir Osnabrücker zusammen. Dann wird nicht zuerst gefragt, wer Recht behält – sondern was der Stadt insgesamt guttut, was für sie das Beste ist.

Meine Damen und Herren, über dem Eingang dieses Friedensaales steht ein lateinischer Satz:

*„CONSILII QUISQUIS CAUSA CONCLAVE SUBINTRAS*
*PUBLICA PRIVATIS ANTEFERENDA SCIAS."*

Frei übersetzt bedeutet das: „Wenn du diesen Saal betrittst, dann stelle das öffentliche Interesse über deine persönlichen Belange."

Dieser Satz ist alt. Aber er ist absolut zeitgemäß. Und ich finde, er passt – wie das Symbol des Handgiftens – ganz hervorragend zu unserem Osnabrück-Gefühl. Wenn es wirklich wichtig ist – dann tritt bei uns das Ego zurück und das „Wir" rückt in den Vordergrund.

So haben wir es in der Vergangenheit immer gehalten, und ich wünsche mir sehr, dass es auch künftig dabei bleiben wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hatten im Jahr 2025 viele schöne Momente. Allen voran beim bereits erwähnten „Tag der Niedersachsen". Aber auch bei der Maiwoche und auf dem Weihnachtsmarkt. Auch das Schlossgarten-Open-Air oder das großartige erste Jüdische Kulturfestival werden mir sehr positiv in Erinnerung bleiben – und auch die ersten Premieren unseres neuen Generalmusikdirektors Christopher Lichtenstein. Ich könnte weitere Beispiele nennen.

Aber ich denke, wir sind uns einig: 2025 war insgesamt kein leichtes Jahr.

Es gab auch bei uns in Osnabrück Ereignisse, die uns erschüttert haben. Ich denke da zuallererst an das brutale Tötungsdelikt, das vor gut einem halben Jahr viele Menschen fassungslos zurückgelassen hat. Es hat uns ein weiteres Mal auf schreckliche Weise vor Augen geführt, dass es uns als Gesellschaft noch immer nicht gelungen ist, wirkungsvoll gegen das Problem der häuslichen Gewalt vorzugehen. So werden Frauen immer wieder zu Opfern schlimmer Übergriffe. Viel zu oft mit einem Femizid als letzter, furchtbarer Konsequenz – so wie im vergangenen Sommer im Stadtteil Schinkel-Ost.

Erst vor wenigen Wochen gab es einen Amok-Alarm am Berufsschulzentrum Westerberg. Glücklicherweise stand im Nachhinein fest, dass keine akute Gefahr bestand. Es wurde auch niemand ernsthaft körperlich verletzt. Doch dieser Zwischenfall hat Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte in große Angst versetzt – genauso wie nur einen Tag später in unserer unmittelbaren Nachbarschaft in der Gemeinde Lotte.

Solche Momente gehen an niemandem spurlos vorbei. Sie verunsichern. Und sie rütteln an unserem Sicherheitsgefühl. Und doch habe ich gerade in Situationen wie diesen etwas sehr Typisches für Osnabrück erlebt: Besonnenheit. Zusammenhalt. Und ich habe einmal mehr großen Respekt für alle gespürt, die Verantwortung tragen und zur Stelle sind, wenn sie gebraucht werden – ich denke da vor allem an die Polizei, an unsere Feuerwehr, an alle Einsatz- und Rettungskräfte sowie ganz allgemein an alle, die sich haupt- oder ehrenamtlich um andere kümmern.

Nicht zuletzt auch immer dann, wenn wieder einmal eine oder mehrere Bomben aus dem Zweiten Weltkrieg unschädlich gemacht werden müssen. Allein im vergangenen Jahr gab es 7 Evakuierungen, bei denen insgesamt 14 Bomben entschärft wurden. Zigtausende mussten ein ums andere Mal aus ihren Wohnungen.

In solchen Situationen ziehen wir in Osnabrück an einem Strang. Und das erfüllt mich regelmäßig mit Stolz, und dafür möchte ich mich an dieser Stelle sehr herzlich bedanken.

Meine Damen und Herren, wir leben in Zeiten, in denen wir täglich weltweit Entwicklungen verfolgen, die uns nicht kaltlassen. Angefangen vom immer weiter voranschreitenden Klimawandel – über Krieg und Terror – bis hin zur seltsamen Begeisterung, die offenbar immer mehr Menschen auf der ganzen Welt für Autokraten hegen.

Auch das Gift des Antisemitismus nimmt weiter zu. Offen, aggressiv, enthemmt. Der feige Anschlag auf ein Chanukka-Fest in Sydney hat uns noch einmal schmerzhaft vor Augen geführt, wohin Hass führen kann. Und nein, es gibt dafür absolut keine Rechtfertigung. Selbst jene, die die Reaktion Israels auf den Terrorangriff vom 7. Oktober für grundfalsch halten, können daraus nicht das Recht ableiten, Jüdinnen und Juden zu attackieren.

Meine Damen und Herren, unsere freiheitliche Demokratie steht gegenwärtig unter massivem Druck. Nicht nur auf den großen Bühnen der Weltpolitik. Nicht nur in Berlin und Brüssel. Auch hier bei uns.

Wir alle spüren einen wachsenden Vertrauensverlust. In Politik. In Verwaltung. In die Gerichte. In staatliche Institutionen insgesamt und in die Repräsentanten unseres Parlamentarismus und unserer kommunalen Selbstverwaltung. Aber auch in Kirchen, Gewerkschaften, Medien.

Viele Menschen gehen heute nicht mehr selbstverständlich davon aus, dass der Staat und andere Akteure nach bestem Wissen und Gewissen handeln. Oft ist vielmehr das Gegenteil der Fall: Es wird vermutet, dass Schlampereien und Fehlplanungen bei der Stadt Osnabrück und anderswo die Regel sind – und nicht die Ausnahme. Dass hinter Entscheidungen womöglich eigennützige Motive stecken könnten. Oder gar böse Absichten.

Diese Skepsis wird verstärkt durch ein immer weiter aufgeheiztes Debattenklima. Verantwortlich dafür sind die Algorithmen der sozialen Netzwerke, die Krawall belohnen und Besonnenheit bestrafen.

Außerdem gibt es gezielte Einflussnahmen durch Akteure von innen und außen, die kein Interesse am Fortbestand einer starken, handlungsfähigen Demokratie haben. Wir wissen: Deutschland und Europa sind längst Ziele einer hybriden Kriegsführung.

Sabotage, Spionage, Desinformation – all das ist mehr ist als eine abstrakte Bedrohung. Das müssen in diesen Tagen in Berlin viele Tausende Menschen in ihren eiskalten Wohnungen am eigenen Leib erfahren. Wer auch immer hinter dem Anschlag auf die Energieversorgung steckt oder in wessen Auftrag er möglicherweise erfolgt ist – solche Taten tragen ganz bewusst und leider auch sehr effektiv zur Destabilisierung unserer Demokratie bei. Und deswegen verdienen sie auch keinerlei Verständnis – auch dann nicht, wenn in einem Bekennerbrief der Protest gegen den Klimawandel als scheinbar legitimes Motiv genannt wird.

Ich bin fest davon überzeugt: Der Zweck heiligt nicht die Mittel. Nicht in der Politik. Nicht im allgemeinen Umgang miteinander. Und auch nicht beim Protest durch sogenannte Aktivisten, die sich auch bei uns in Osnabrück immer wieder dazu ermächtigt fühlen, durch Fake News Unruhe zu stiften oder öffentliches Eigentum wie das Heger Tor zu beschädigen.

Meine Damen und Herren, gerade wenn wir über die Vertrauenskrise sprechen, in der wir uns befinden, müssen wir auch über unsere Geschichte sprechen.

In Osnabrück ist in den vergangenen Jahrzehnten schon viel geleistet worden, wenn es um die Aufarbeitung der NS-Zeit geht – dank engagierter Initiativen, Vereine, der Universität oder des Museumsquartiers. Zuletzt hat die Sparkasse im Jubiläumsjahr ihre Rolle in der NS-Zeit geklärt.

Was bislang aber fehlt, ist eine systematische wissenschaftliche Aufarbeitung der Rolle unserer eigenen Stadtverwaltung in dieser Zeit.

Dabei wissen wir doch – schon allein durch das vorhin zitierte Beispiel des nationalsozialistischen Oberbürgermeisters Gaertner – dass Verwaltungen nicht nur Organe waren, die schulterzuckend Gesetze ausgeführt haben und damit keine eigene Schuld auf sich geladen haben. Nein. Sie waren vielmehr unmittelbar an der Schikane und Entrechtung beteiligt, die nicht nur jüdische Mitmenschen betroffen hat, sondern unter anderem auch Sinti und Roma, queere Menschen, Menschen mit Behinderungen, politisch Andersdenkende. Und die Mitarbeitenden in den Verwaltungen vor Ort waren mitunter sogar ausschlaggebend für die einzelnen menschlichen Schicksale.

Deswegen meine ich, dass auch wir uns verpflichtet fühlen sollten, die Geschichte der Osnabrücker Stadtverwaltung in der NS-Zeit wissenschaftlich aufarbeiten lassen. Nicht in erster Linie, um nach über 80 Jahren einzelne Schuldige zu identifizieren. Sondern um einen Beitrag dazu zu leisten, dass unser heutiger Rechtsstaat wehrhaft bleibt. Wie konnten damals rechtsstaatliche Prinzipien ausgehöhlt werden? Wie konnte Verwaltung Teil eines Unrechtssystems werden? Das sind nicht bloß akademische Fragestellungen für das historische Seminar unserer Universität. Es sind vielmehr Fragen, deren Antworten uns alle angehen. Denn sie können uns dabei helfen, unsere Demokratie in stürmischen Zeiten wetterfest zu machen.

Meine Damen und Herren, neben die Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit sollten wir auch auf unsere Zukunft blicken. Und dazu gehört in meinen Augen auch, den Blick auf unser Selbstverständnis zu richten.

Osnabrück ist die Friedensstadt. Das wird gerade in diesem Saal immer wieder betont, und darauf sind wir stolz. Aber: Friedensstadt zu sein war lange Zeit, wenn wir ehrlich sind, ziemlich einfach. Denn Frieden war ja da – völlig selbstverständlich und scheinbar mit Ewigkeitsgarantie. Damit es dabei bleiben kann, dachte man lange, müsse man sich bloß selbst friedfertig verhalten – und allem Militärischen das Etikett der Unmoral anheften.

Heute ist das anders. Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert unvermindert an. Und Russland lässt keinen Zweifel daran, dass es auf weitere Länder direkt oder indirekt Anspruch erhebt und bereit ist, seine Forderungen auch mit Gewalt durchzusetzen. Darunter sind auch Länder, die der Europäischen Union angehören.

Und auch unser Verhältnis zu den USA hat sich deutlich verändert, nicht erst seit der jüngsten Entwicklung in Venezuela. Der klare Fokus der Vereinigten Staaten auf ihre nationalen Interessen – flankiert von breitschultriger Rücksichtslosigkeit – und insbesondere der abfällige Tonfall gegenüber der Europäischen Union in der neuen

US-Sicherheitsstrategie lassen für die transatlantischen Beziehungen derzeit wenig Gutes erwarten.

Ich bin deshalb überzeugt: Friedensstadt zu sein kann im Jahr 2026 nicht dasselbe heißen wie im Jahr 2001. Es kann nicht heißen, die neue Realität auszublenden. Es ist zu wenig, einfach zu sagen: „Wir halten uns raus, dann lässt man uns auch in Ruhe." Friedensstadt heute heißt in meinen Augen: Frieden schützen. Demokratie verteidigen. Und: Verantwortung übernehmen.

Ich denke deshalb, dass es an der Zeit ist, unser Handlungskonzept zur Förderung der Friedenskultur an die neuen Realitäten anzupassen. Dieses Konzept entstand im Jahr 2001. Damals war Hans-Jürgen Fip Oberbürgermeister. Seinen 85. Geburtstag haben wir vor wenigen Wochen hier im Friedenssaal gefeiert.

Verehrter Ehrenbürger Fip, ich hoffe, Sie stimmen mir zu, wenn ich sage: Fast genau ein Vierteljahrhundert später braucht dieses Konzept eine zeitgemäße Fortschreibung. Mit Themen wie der Überwindung von gesellschaftlicher Spaltung, von Diskriminierung und Rassismus. Mit Themen wie dem Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen. Mit Themen wie Teilhabe und der Wichtigkeit urbaner Begegnungsräume.

Aber auch mit Themen wie der Frage, wie wir unsere Bundeswehr sehen – und wie wir mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Uniform umgehen.

Diese Fortschreibung sollte meines Erachtens kein Papier sein, das in einer Amtsstube im Rathaus erarbeitet und dann im Rat diskutiert und beschlossen wird. Es soll vielmehr ein gemeinsames Projekt unserer Stadtgesellschaft sein – unter Einbindung vieler Akteure, die sich dem Gedanken der Friedensstadt verbunden fühlen.

Vergangenheit verstehen und Zukunft gestalten: Beides gehört zusammen. Und ich hoffe, dass es uns gelingen kann, beides auch zusammenzuführen.

Meine Damen und Herren, Demokratie muss erklären – und sie muss sich gegen ihre Gegner verteidigen. Aber: Sie muss auch abliefern. Deshalb haben wir mit unserem Zehn-Punkte-Programm die Sicherheit in der Innenstadt in den vergangenen zwei Jahren spürbar gestärkt. Und deshalb arbeiten wir daran, dass unser innerstädtischer Verkehr Schritt für Schritt besser wird – für den Radverkehr, aber auch für alle anderen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer.

Aber ja: Die Zeiten sind schwierig, gerade auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Das spüren wir auch in Osnabrück. Unübersehbare und teils langfristige Leerstände in

der Innenstadt – selbst an zentralen Orten wie der Krahnstraße oder seit einigen Monaten erneut im Haus Tenge – sprechen eine deutliche Sprache.

Aber es herrscht glücklicherweise auch kein Stillstand. 2025 wurden neue Quartiere fertiggestellt: an der Möserstraße für Studierende, Berufspendler und Senioren. An der Johannisstraße auf dem früheren Sinn-Leffers-Areal. Oder in Haste auf dem ehemaligen Nilsson-Grundstück – um nur einige Beispiele zu nennen.

Für den Neumarkt und das Lok-Viertel besteht seit vergangenem Jahr Baurecht. Am Neumarkt beginnen städtischerseits in Kürze die ersten baulichen Maßnahmen.

Gerade das Lok-Viertel steht exemplarisch für eine langfristige Stadtentwicklung. Solche Projekte brauchen Zeit, Geduld, gute Nerven und Durchhaltevermögen – aber sie zeigen auch: Wir gestalten die Zukunft unserer Stadt. Nicht kurzfristig, sondern mit Weitblick.

Und auch bei Leerständen werden wir nicht einfach abwarten oder die Entwicklung dem Zufall überlassen. Gerade an zentralen Orten müssen wir neue, innovative Wege gehen. Das können Zwischenlösungen sein oder auch langfristige Nutzungen. In jedem Fall aber sollen sie hochwertig und nachhaltig sein und Leben in unsere Innenstadt bringen – und wenn ich „Leben“ sage, dann meine ich ausdrücklich keine zusätzlichen Büroräume für die Verwaltung, sondern Orte, die von den Osnabrückerinnen und Osnabrückern aktiv genutzt werden können.

Meine Damen und Herren, eine der größten sozialen Fragen unserer Zeit ist die nach bezahlbarem Wohnraum. Osnabrück steht hier im Vergleich zu vielen anderen Städten sogar noch relativ gut da. Aber auch wir haben zu wenig Wohnungen – vor allem im preisgünstigeren Bereich, aber auch für andere Zielgruppen. Neben dem Bevölkerungswachstum und der gestiegenen Zahl von Single-Haushalten liegt das vor allem an den zuletzt massiv gestiegenen Baukosten, nicht zuletzt durch zu viel Bürokratie und Überregulierungen.

Deshalb bekennen wir uns klar zur städtischen Wohnungsbaugesellschaft WiO. Denn wir sind uns einig, dass genau das zu den Aufgaben einer Kommune gehört: Wir können durch gezielte Investitionen dafür sorgen, dass bezahlbare Wohnungen gebaut werden. Dieser Aufgabe ist die Stadt in den vergangenen Jahren bereits in erheblichem Umfang nachgekommen. Seit dem Ratsbeschluss im Jahr 2020 sind 180 Wohneinheiten entstanden, 250 weitere sind in Planung. Die WiO hat 27,5 Millionen Euro abgerufen, weitere knapp 33 Millionen Euro stehen ihr bis 2030 zur Verfügung.

Was wir also tun können, ist mit erheblichen Mitteln in Zukunft zu investieren. Was wir uns aber nicht leisten können, ist dauerhaft die laufenden Betriebskosten einer Wohnungsbaugesellschaft zu subventionieren. Ich freue mich deshalb sehr, dass wir mit Bernd Wortmeyer seit dem 1. September einen erfahrenen Experten an der Spitze der WiO haben. Ich bin mir sicher, dass es unter seiner Führung gelingen wird, dass sie sozial baut und zugleich wirtschaftlich tragfähig wird.

Meine Damen und Herren, bei allem, was wir anpacken, profitieren wir davon, dass Osnabrück bei allen gegenwärtigen Schwierigkeiten auf einem starken Fundament steht. Wir haben einen besonders leistungsfähigen Mittelstand, um den uns viele beneiden. Wir haben auch ein traditionsreiches industrielles Rückgrat und einen starken Dienstleistungssektor.

Dass unsere Region in bundesweiten Standortrankings immer wieder weit vorne auftaucht, ist kein Zufall. Im aktuellen DDW-Ranking der Top-Mittelstandsunternehmen in Niedersachsen liegen wir zum Beispiel auf dem zweiten Platz, gleich nach Hannover. Und im gesamten Standortranking, das 4.030 Kommunen umfasst, finden wir uns auf Platz 28 wieder – wohlgemerkt bundesweit. Auch bei meinen Firmenbesuchen wird mir immer wieder gespiegelt, dass wir strukturell gut aufgestellt sind und dass die Stimmung in der Osnabrücker Wirtschaft auch in schwierigen Zeiten positiver ist als anderswo. Das belegt auch eine Umfrage, die die WFO erst kürzlich bei unseren Unternehmerinnen und Unternehmern durchgeführt hat.

Zur Wahrheit gehört aber leider auch, dass wir uns weiterhin Sorgen um die wirtschaftliche Gesamtsituation machen müssen – und vor allem um unser Volkswagen-Werk. Diese Sorge teilen wir als gesamte Stadtgesellschaft mit der Belegschaft, mit dem Betriebsrat, mit der Gewerkschaft.

Meine Damen und Herren, lassen Sie es mich abermals in aller Klarheit sagen: Wir stehen geschlossen an der Seite der Beschäftigten. Wir können und wir werden nicht akzeptieren, dass die Menschen in Osnabrück ausbaden müssen, was in Wolfsburg versäumt wurde. Und wir werden alles tun, was in unserer kommunalen Macht steht, um den Standort und die Arbeitsplätze zu sichern.

Und dass wir gemeinsam durchaus etwas bewegen können, hat sich zuletzt eindrucksvoll gezeigt, als eine ganze Region erfolgreich für die München-Flüge am Flughafen Münster/Osnabrück gekämpft hat. Nicht zuletzt möchte ich die regionalen Bundestagsabgeordneten hervorheben: Mathias Middelberg und andere sind massiv für uns in die Bresche gesprungen und haben ihren Einfluss in Berlin genutzt – zum Glück mit Erfolg. Und es gab auch Akteure, die durchaus über ihren Schatten gesprungen sind, wofür ich mich ausdrücklich bedanke. Es bleibt

eben dabei: Wenn es darauf ankommt, dann halten wir in Osnabrück zusammen – und natürlich auch in der ganzen Region, liebe Anna Kebschull. Dann sprechen wir nach außen mit einer Stimme. Und das macht uns stark.

Meine Damen und Herren, wenn wir in Osnabrück investieren, dann investieren wir am liebsten in Bildung – nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern gezielt und bedarfsgerecht. Alle Grundschulen in Osnabrück sind inzwischen Ganztagsschulen – und zwar deutlich früher, als der Bund es vorgesehen hat.

Vier Oberschulen werden derzeit für fast 200 Millionen Euro saniert. Bis zur neuen Friedensschule zum Beispiel ist es von hier aus nur ein kurzer Spaziergang. Es lohnt sich, dort gelegentlich vorbeizugehen. Denn dort wird eindrucksvoll deutlich, was alles möglich ist – auch in schwierigen Zeiten.

Das wird sich auch zeigen, wenn bald der neue Förderschulcampus entsteht – gemeinsam mit dem Landkreis. Dieses wichtige Projekt zeigt: Wenn wir kooperieren, dann geht viel.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass diese Zusammenarbeit künftig auch in anderen Bereichen möglich sein wird, in denen es um Themen und Einrichtungen geht, von denen Bürgerinnen und Bürger aus Stadt und Landkreis gleichermaßen profitieren.

Ein weiteres Beispiel, wie wertvoll das sein kann, sind die gemeinsamen Planungen für eine kommunale private Medizinische Hochschule, mit der wir perspektivisch einen unverzichtbaren Beitrag für die Zukunft der Gesundheitsversorgung in unserer Region leisten werden.

Auch die geplante enge Kooperation der beiden großen Krankenhausträger geht beim Thema Gesundheitsversorgung in meinen Augen klar in die richtige Richtung.

Meine Damen und Herren, wenn wir über Investitionen in unsere Zukunft sprechen, dann geht es auch um Bewegung, um Begegnung, um Integration und um Gemeinschaft. Die Mittel aus dem Kommunalinvestitionsprogramm 3 des Landes investieren wir deshalb gezielt in den Breitensport. Das ist kein Luxus, sondern eine Investition in Gesundheit, Ehrenamt und Zusammenhalt – gerade für unsere Kinder und Jugendlichen. Ich bin dem Rat dankbar, dass er diesen von der Verwaltung vorgeschlagenen Weg mitgegangen ist.

Erlauben Sie mir, den Blick an dieser Stelle kurz nach innen zu richten, und allen Mitarbeitenden im Konzern Stadt Osnabrück zu danken. Denn sie haben im

vergangenen Jahr erneut weit über den gewohnten Arbeitsalltag hinaus Spitzenleistungen gezeigt.

Und sie sind bereit, sich zu verändern. Digitalisierung wird in unserer Verwaltung schon lange nicht mehr als Zukunftsmusik erlebt, und auch nicht als Bedrohung. Sondern als ganz reale Entlastung. Also weniger Routine – und mehr Zeit für das, was keine Künstliche Intelligenz leisten kann: Verantwortung, Menschlichkeit, Augenmaß. Auch das stärkt Vertrauen in unsere Demokratie und ihre Institutionen.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Durch die Optimierung von Verwaltungsprozessen konnten wir die Wartezeiten auf einen Termin in der Führerscheinstelle zuletzt von ca. 12 Wochen auf ca. 4 Wochen verringern. Und wenn der Bundes- und Landesgesetzgeber uns künftig weitere Spielräume eröffnet, sind sogar noch viele weitere Vereinfachungen für die Bürgerinnen und Bürger möglich.

Davon profitieren im Übrigen gerade die, die sich mit digitalen Anwendungen zurzeit noch überfordert fühlen. Denn wenn eine Sachbearbeiterin sich nicht den ganzen Tag durch Stapel von Papierformularen wühlen muss, hat sie umso mehr Zeit dafür, sich um einen Bürger zu kümmern, der lieber persönlich im Stadthaus vorbeikommt, weil er sich mit dem Digitalen noch nicht so gut auskennt.

Meine Damen und Herren, unsere Finanzlage ist ernst. Auch wenn das nicht in erster Linie unsere Schuld ist, sondern auf die völlig unzureichende Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land zurückzuführen ist, gibt es daran nichts zu beschönigen.

Auch, wenn ich nicht über alle Entscheidungen glücklich bin, die der Rat im Zuge der Haushaltsberatungen getroffen hat: Ich bin dankbar dafür, dass es Ihnen abermals gelungen ist, auf Augenhöhe zu diskutieren und schließlich mit sehr großer Mehrheit einen Haushalt zu verabschieden.

Uns ist bewusst, dass es Bürgerinnen und Bürger gibt, die nicht damit einverstanden sind, dass Rat und Verwaltung zwar durchaus punktuell sparen, sich aber auch keinen radikalen Sparkurs verordnet haben. Doch die gerade genannten Beispiele aus dem Bildungssektor – und ja, auch das Beispiel der mit einer sehr, sehr großen Mehrheit von diesem Rat beschlossenen Stadion-Sanierung zeigt: Wir verfrühstücken nicht leichtsinnig Geld, das wir nicht haben – sondern wir investieren. Und zwar um Werte zu schaffen – beziehungsweise zu erhalten – und so eine weitere Abwärtsspirale zu verhindern.

Denn was passiert, wenn allzu sehr auf Verschleiß gefahren wird, weiß jeder, der den Blick auf die mittlerweile vielfach marode Infrastruktur in unserem gesamten Land richtet.

Hinzu kommt: Der Spielraum für Einsparungen ist bei den Kommunen begrenzt. Dafür bleiben uns nur die freiwilligen Leistungen. Bei uns sind es von jedem Euro lediglich etwa 18 Cent, über die wir überhaupt frei verfügen können. Und wer bei freiwilligen Leistungen ohne Augenmaß kürzt, der spart bei Kultur, Breitensport, Ehrenamt und Miteinander. Das muss jedem bewusst sein, der von uns einen knallharten Sparkurs fordert und die mangelhafte Finanzausstattung der Kommunen durch den Bund und das Land dabei ausblendet.

Meine Damen und Herren, ich habe es eingangs gesagt: Es geht im neuen Jahr um Zusammenhalt – und es geht um den Fortbestand der Demokratie. Ein Beispiel, das mir aus dem Jahr 2025 besonders positiv im Gedächtnis bleiben wird, ist unser Jugendparlament.

Die jungen Frauen und Männer, die sich dort engagieren, führen keine abgehobenen ideologischen Diskussionen, sondern benennen ganz pragmatisch, wo unseren Jugendlichen der Schuh drückt. So haben sie kürzlich beantragt, dass wir im öffentlichen Raum – überall dort, wo sich die junge Generation trifft, Tische und Bänke aufstellen. Das ist ein berechtigter Wunsch, und der Rat hat bereits wenig später beschlossen, dass wir genau das auch tun werden. So, meine Damen und Herren, wirkt demokratische Beteiligung. Und hier schließt sich der Kreis.

Osnabrück ist keine Insel der Glückseligen. Wir haben Probleme. Wir haben Konflikte. Aber wenn es darauf ankommt, dann halten wir zusammen. In Krisen. Bei schwierigen Entscheidungen. Und auch dann, wenn es mal unbequem wird.

Das ist das Osnabrück-Gefühl.

Und genau dieses Gefühl – diesen Respekt füreinander und für das Gemeinwohl – wünsche ich uns allen auch für die Zeit, die vor uns liegt. Wir stehen vor großen Herausforderungen. Aber ich bin davon überzeugt: Gemeinsam können wir sie meistern.

Vielen Dank.